

Stellungnahme der LAG kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW zum „Entwurf einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen“

Wir begrüßen es, dass im o. g. Entwurf

1. das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit

- als Querschnittsaufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie NRW (S. 8) und
- im Kontext einer nachhaltigen und altersgerechten Quartiersentwicklung (S. 21) verankert ist und dass

2. folgende frauenpolitische Themen ausdrücklich genannt werden:

- Steigerung der Frauenerwerbstätigenquote (auch insbesondere älterer Frauen (S. 29, S. 30, S. 33)),
- die Verringerung der (geschlechtsspezifischen) Armutsrisiken im Alter (Altersarmut von Frauen) (S. 29),
- die Verringerung des Verdienstabstandes zwischen Männern und Frauen (S. 33) sowie
- im Kontext eines nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesens „frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen“ (S. 37).

Die LAG NRW stellt weitere Anforderungen an eine Nachhaltigkeitsstrategie in NRW aus frauenpolitischer Sicht

Obwohl die Gleichberechtigung der Frauen, die „Gleichstellung der Geschlechter“ als „eine besondere Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens“ im o. g. Entwurf (S. 7) charakterisiert und ausdrücklich herausgestellt wird, ist allerdings dennoch Folgendes festzustellen:

1. Alle zuvor genannten Themen sind im o. g. Entwurf - im Gegensatz zu anderen Politikfeldern - nur in Form von Stichpunkten genannt und an keiner Stelle weiter ausgeführt oder erläutert.

2. Es fehlen zwei weitere zentrale frauenpolitische Themenkomplexe. Dies erstaunt umso mehr, da ihre Bedeutung und entsprechende politische Handlungsfelder im **Koalitionsvertrag 2012 - 2017 der NRWSPD - Bündnis 90/Die Grünen NRW (s. Kapitel VIII, S. 94)** unter dem Stichwort „Emanzipation“ explizit herausgehoben werden. Diese sind:

- Schutz vor Gewalt
- Gendergerechte Gesundheitsversorgung.

Beide Themenkomplexe haben unter dem Gesichtspunkt einer zukunftsfähigen Entwicklung gerade in NRW eine hohe aktuelle Brisanz:

- Auch vor dem Hintergrund der gesundheitlichen Auswirkungen von Umweltbelastungen insbesondere auf die Gesundheit von Frauen in NRW (s. z. B. die Feinstaubkohortenstudien Frauen in NRW) wurde in die Begründung zum Klimaschutzgesetz NRW vom 29.01.2013 und im Entwurf zum Klimaschutzplan NRW (vom 16.06.2015) - auf Grund der Initiative der LAG NRW - die Frauenpolitik bzw. das Prinzip des Gender Mainstreaming/der Geschlechtergerechtigkeit ausdrücklich aufgenommen.
- Der Themenkomplex „Gewalt gegen Frauen“ in allen ihren Erscheinungsformen (dazu s. auch das Papier Verbesserungsvorschläge/Handlungsempfehlungen der LAG NRW zum Strategiepapier „Nachhaltigkeitsstrategie für NRW vom 20.07.2014) hat auch in NRW ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Stichworte sind: Häusliche Gewalt, Frauenhandel, traumatisierte Vergewaltigungsopfer aus Kriegs- und Krisengebieten Zwangsheirat u.a.

Beide Themenkomplexe - Schutz vor Gewalt und gendergerechte Gesundheitsversorgung - müssten aus Sicht der LAG NRW in eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden.

Insgesamt gesehen ist das grundsätzliche Thema der **Gleichberechtigung der Frauen** bzw. die Realisierung von Frauenrechten in einer Gesellschaft gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Kontext der Flüchtlingsproblematik mit ihren globalen Auswirkungen zum **Gradmesser einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft** geworden.

Vor dem Hintergrund aller oben genannten Facetten halten wir es für dringend geboten, dass der Bedeutung von Frauenpolitik in NRW - als Doppelstrategie verbunden mit dem Prinzip des Gender Mainstreamings - durch **ein eigenes Kapitel in der Nachhaltigkeitsstrategie für NRW** Rechnung getragen wird; denn **“Zukunft geht nur mit Frauen und Mädchen“!** Dieser politischen Willenserklärung aus dem Koalitionsvertrag 2012 - 2017 der NRWSPD - Bündnis 90/Die Grünen NRW (S. 94) muss in der Nachhaltigkeitsstrategie deutlich Ausdruck verliehen werden.

Duisburg, den 18.11.2015

Ansprechpartnerin:

Doris Freer

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Duisburg und

Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und

Gleichstellungsstellen NRW

Tel. 0203-283 20 47

d.freer@stadt-duisburg.de